

FORUM DER LESER: Über die Kommentierung der Hüttenfelder Ortsbeiratssitzung zur Windkraft

Wahrheitsgehalt nicht angezweifelt

Prof. Werner Gaab

Als Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins "Pro Hüttenfeld e.V." kann ich einige Aussagen der Kritischen Betrachtung vom 22. März ("Ausgleich von Interessen ist urdemokratisches Ziel") so nicht stehenlassen. Zunächst einmal teilt Autor Uwe Rauschelbach die Kritiker in "gut" (Initiative Gegenwind) und "böse" (Pro Hüttenfeld e.V.) ein. Woher weiß er eigentlich, wer Mitglied bei Pro Hüttenfeld ist, um eine derartige Einteilung vornehmen zu können? Es ist ihm offensichtlich entgangen, dass es ein Mitglied der gelobten Gruppe Gegenwind war, das besonders wütend reagierte, als man seine Fragen nicht oder nur zögerlich und unvollständig beantwortet hat.

Auch viele andere kritische Wortbeiträge - wenn nicht die Mehrzahl - kamen von Bürgern, die nicht Mitglieder von Pro Hüttenfeld sind. Insgesamt waren nur zehn bis 15 Mitglieder anwesend. Dass die Fragen darauf abgezielt haben, den Bürgermeister zu desavouieren und dass man ihm Fangfragen gestellt hat, halte ich für eine böswillige Unterstellung - ebenso wie die Aussage, dass es eigentlich gar nicht um die Verhinderung der Windkraftanlage (WKA) gehe. Niemand hat an diesem Abend den Wahrheitsgehalt der Aussagen des Bürgermeisters angezweifelt. Es hat deshalb auch niemand verstanden, dass der Bürgermeister sich wenig souverän und lautstark dazu geäußert hat. Insgesamt haben sich sehr viele Bürger negativ über das Verhalten des Bürgermeisters geäußert. Wenn der Kommentator sich die Mühe gemacht hätte, die Bürger über ihren Eindruck zu befragen, dann wäre ihm das sicherlich nicht entgangen.

Pro Hüttenfeld wird offensichtlich auch für die Unmutsäußerungen aus der versammelten Bürgerschaft verantwortlich gemacht. Bürger werden dann wütend, wenn sie das Gefühl haben, dass sie nicht richtig informiert oder gar veralbert werden. Wenn zum Beispiel ein Vertreter des Zweckverbands Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) behauptet, dass Infraschall nicht gesundheitsschädlich sei, weil man ihn nicht höre und dass der ZAKB die Sicherheitsabstände zu Wohnbebauungen einhalte oder wenn gesagt wird, dass keine Gewinne gemacht werden, die WKA aber dennoch wirtschaftlich sei, dann äußern die Bürger mit Recht ihren Unmut.

Viele erinnern sich auch daran, dass der Geschäftsführer des ZAKB, Hilbert Bocksnick, für eine Zustimmung zur Photovoltaikanlage damit geworben hatte, dass damit die Entwicklung auf dem Deponiegelände für den ZAKB endgültig abgeschlossen sei und die Bürger dies mit Erleichterung registriert hatten.

Die Verwaltung behauptet, dass die Bürger informiert wurden. Wenn in Sitzungen der Stadtverordneten über die Errichtung von Windkraftträdern gesprochen wurde, dann ist dies keine ausreichende Information der Bürger, selbst wenn diese Sitzungen öffentlich waren. Wir hätten von unserem Bürgermeister erwartet, dass er das Gespräch mit den betroffenen Bürgern selbst sucht, sich nach deren Meinung erkundigt und die Angelegenheit nicht weiter verfolgt, wenn die Bürger sich dagegen aussprechen oder ihnen andernfalls seine Gründe nachvollziehbar erläutert.

So funktioniert eine bürgernahe Demokratie. Die meisten Bürgermeister in anderen Kommunen verhalten sich auch so. Dann ergeben sich auch weniger Konflikte mit den Bürgern.

© Südhessen Morgen, Mittwoch, 03.04.2013